MEDIBÜRO KIEL
MEDIZINISCHE HILFE FÜR
MENSCHEN OHNE PAPIERE

NEWSLETTER

Juni 2020

Liebe Freunde und Freundinnen des Medibüros,

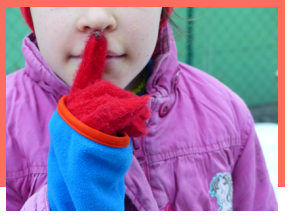
wir freuen uns sehr, dass Sie den Newsletter abonniert haben!
Nach einer längeren Pause melden wir uns nun zurück, um Ihnen von unserer Arbeit im Medibüro zur berichten.

Aus der Praxis

Ein 25-jähriger Mann aus Syrien kommt mit akuten Zahnschmerzen zu uns. Herr H. zeigt uns seine, allerdings nur in Italien gültige, Gesundheitskarte. Er berichtet, seit etwa 8 Monaten in Kiel zu leben und hier sein in Syrien begonnenes Studium gerne fortsetzen zu wollen. Herr H. spricht bereits etwas deutsch und versteht uns gut. Er sei mit Eltern und Geschwistern vor 2 Jahren in Italien gelandet, habe dort Asyl beantragt. Seitdem haben er und seine Familie dort immer wieder auf der Straße leben müssen. Deshalb sei er nach Deutschland gefahren. Hier könne er etwas Geld verdienen und dies seinen Eltern schicken. Würde er nach Italien zurückfahren, müsse er wieder auf der Straße leben.

Wir vermitteln ihn wegen der akuten Zahnschmerzen zu einem Zahnarzt. Wir müssen ihm auch sagen: Falls chronische Zahnprobleme zu behandeln wären, müsse er wegen der hohen Kosten dies in Italien machen lassen.

Dort gilt seine Gesundheitskarte noch.



Medibüro - Was ist das nochmal?

Das Medibüro arbeitet nach wie vor selbstorganisiert und vom Staat unabhängig, um medizinische Hilfe für Menschen zu leisten, die ohne Papiere und folglich ohne Krankenversicherung in Deutschland sind.

Jeden Dienstag sind dafür zwei von unseren ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen in der ZBBS in Kiel vor Ort und vermitteln anonym und kostenlos medizinische Behandlungen für Hilfesuchende.

Darüber hinaus setzen wir uns für Aufklärung über bestehende Verhältnisse und die Verbesserung der Situation illegalisierter Menschen ein.

Diesen Newsletter möchten wir nutzen, um unsere Erfahrungen in der Sprechstunde mit Ihnen zu teilen, von unserer politischen Arbeit und von den Herausforderungen zu berichten, die uns bei der Umsetzung unserer Ziele begegnen.

Diese besonderen Zeiten bedeuten für uns alle eine Herausforderung. Solidarität bekommt einen neuen Stellenwert. Ein Virus unterscheidet nicht zwischen sozialen Schichten, Ethnien oder Herkunft. Wie wir in Corona-Zeiten arbeiten, berichten wir Ihnen in der aktuellen Ausgabe.

Außerdem erhalten Sie in “Medibüro in Zahlen” einen Einblick in unsere Statistiken, können über unsere politische Arbeit der letzten Monate lesen und finden drei bewegende Begegnungen aus unserer Sprechstunde.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen,
Ihr Medibüro

Das Medibüro in Zeiten von Corona

Unsere Sprechstunde

„We are afraid, too“, so die Bemerkung einer Besucherin zu Beginn der Corona-Zeit im März 2020, als wir sie nach dem Klingeln vorsichtig durch die jetzt verschlossene Eingangstür einließen. Die eintretenden Frauen aus einem westafrikanischen Land trugen einen Mund-Nasen-Schutz, mehrere Wochen bevor es für Einkäufe und in öffentlichen Verkehrsmitteln Pflicht wurde.

In der Woche vorher diskutierten wir in unserem Video-Plenum, wie wir mit der neuen Situation durch Covid-19 umgehen: Sollen wir das Medibüro vorübergehend schließen? Können und dürfen wir in dieser Zeit, geprägt durch Infektionsgefahr, Einschränkungen und Verbote, unsere Arbeit fortsetzen?

Es war von Beginn an klar, dass der Bedarf an medizinischer Versorgung keine Corona-Pause einlegen würde.

Die nachfolgenden Wochen brachten gemischte Erfahrungen: Es kamen weder mehr noch weniger Besucher*innen, es gab Themen, die durch die Corona-Pandemie geprägt waren, wie auch gesundheitliche Probleme, wie sie in unseren Medibüro-Sprechstunden bei fehlender Krankenversicherung Alltag sind: Zahnschmerzen, Kopfschmerzen, Bauchschmerzen, die Verordnung von Dauermedikamenten. Durch die Corona-Pandemie kamen neue Aspekte hinzu: Besucher*innen, die nicht in ihre osteuropäischen Heimatländer zurückkehren konnten oder sich hier sicherer fühlten, Kinder von Migrant*innen, deren Eltern nach Besuch des Heimatlandes in Nordafrika festsaßen. Nachdem wir zwei Wochen mit der Sprechstunde ausgesetzt hatten, stellten sich dringlich Schwangere vor, bei denen Schwangerenvorsorge und eine in Kürze bevorstehende Geburt zu regeln waren. Und zuletzt eine Patientin, die trotz abgelaufener Reisekrankenversicherung ohne Probleme mit dem Verdacht auf eine Covid-19 Infektion getestet worden war, mit negativem Ergebnis: Sie brauchte jetzt eine ärztliche Behandlung für die weiterhin bestehende schwere Bronchitis.

All diese Erfahrungen lenkten unseren Blick schnell auf den politischen Aspekt unserer Arbeit und machten ein Handeln notwendig.

Unser offener Brief ans Sozialministerium

„Ärzte der Welt“ sowie 40 weitere Organisationen und Institutionen aus dem Gesundheitsbereich wendeten sich am 23.03.2020 in einem Offenen Brief an die Bundesregierung und forderten diese dazu auf, gleiche Zugangs- und Behandlungsmöglichkeiten für Menschen ohne Krankenversicherung zu schaffen (den kompletten Brief finden Sie hier: https://www.aerztederwelt.org/unsere-projekte/deutschland/corona-krise-deutschland/offener-brief-die-bundesregierung).

Auch wir riefen zu Beginn der Corona-Pandemie die Landespolitik in einem Offenen Brief zu gleichen Maßnahmen auf. Der Brief wurde in wenigen Tagen von „Praxis ohne Grenzen“ in Bad Segeberg (Dr.Denker), von „HEMPELS“, von der Psychotherapeutenkammer Schleswig-Holstein, vom DGB Nord, von Ver.di Kiel-Plön und Ver.di Nord sowie der ZBBS e.V. unterschrieben.

Zudem unterstützte die Ärztekammer Schleswig-Holstein die folgende Forderung aus unserem Brief „vollumfänglich“: „Der Zugang von nicht-versicherten, illegalisierten Personen mit Verdacht einer Covid-19-Infektion zu Testung und Behandlung muss sichergestellt werden. Wenn ein akuter Verdachtsfall einer Erkrankung an Sars-CoV2 besteht, müssen die gleichen Schritte unternommen

werden, wie bei einer versicherten Person, ohne dass die betroffene Person befürchten muss, dass ihre Daten später verwendet werden, um eine Abschiebung durchzuführen. Dies bedeutet, dass die Übermittlungspflicht nach §87 AufenthG ausgesetzt wird…. Eine akute Erkrankung ist ein Notfall, insofern müssen die Kosten für die Tests und auch eine Krankenhausbehandlung nach §25 SGB XII vom Sozialamt übernommen werden, soweit eine Mittellosigkeit vorliegt."

Wir schrieben: „Dies sind besondere Zeiten, die besondere Maßnahmen erfordern. Wir alle sind mit den Folgen der Pandemie konfrontiert und wir erleben, wie in kürzester Zeit und in bisher nicht bekannter Weise politische Ressourcen aktiviert werden. Wir schlagen deshalb vor, sich unmittelbar im Rahmen eines runden Tisches mithilfe einer Telefonschaltung mit den an der Versorgung Beteiligten zusammenzusetzen, um an der konkreten Ausgestaltung einer zeitnahen Lösung zu arbeiten." (den kompletten Offenen Brief finden Sie unter lesen: https://www.medibuero-kiel.de/hintergrund/aktuelles)

Nach unserem "Offenen Brief" an den Oberbürgermeister hat die Stadtverwaltung vor einigen Tagen zugesagt, uns aus dem "Fond zur Abdeckung sozialer Härten, insbesondere Obdachlose und Tafeln im Zusammenhang mit der Corona-Krise in Schleswig-Holstein" Geld zur Versorgung unserer Klient*innen zur Verfügung zu stellen.

Über diesen Erfolg freuen wir uns sehr.

Aus der Praxis

Eine hochschwangere Frau aus dem Kosovo kommt mit ihrem Partner in die Sprechstunde. Der errechnete Geburtstermin liegt drei Tage zurück.

Wir erfahren: die Schwangere ist vor fünf Monaten zu ihrem Freund nach Kiel gekommen. Ihr Partner lebt schon länger in Kiel, hat Arbeit, ist hier gut integriert. Der Plan war, zu heiraten und das gemeinsame Leben mit Kind in Kiel zu finden. Die Familie konnte sich nicht vorstellen, wie kompliziert die Bürokratie ist. Heiraten und damit eine gemeinsame Krankenversicherung ließ sich in 5 Monaten trotz 500€ für einen Rechtsanwalt nicht verwirklichen. Für den Mutterpass und die entsprechenden Untersuchungen hat die Familie schon fast 2.000€ in einer Kieler Klinik bezahlt. Nun sollten weitere 2.000€ Vorkasse für die Klinikgeburt folgen. Eine verständnisvolle Ärztin im Krankenhaus gab ihnen unsere Adresse. Nach Absprache mit der hiesigen Frauenklinik, konnten wir sie sofort für eine sichere Geburt vermitteln.

Drei Wochen später kommt die Familie mit dem Neugeborenen glücklich und dankbar in die Sprechstunde. Das Kind konnte inzwischen über den Vater in die gesetzliche Krankenversicherung aufgenommen werden. Die Mutter des Kindes ist weiterhin ohne Krankenversicherung, denn die erforderlichen Heiratsdokumente sind weiterhin in Bearbeitung.

Aus diesem Grund wendet sie sich erneut an das Medibüro, da sie eine postpartale gynäkologische Kontrolluntersuchung benötigt. Es war dem Medibüro nicht gelungen, eine ehrenamtliche Hebammenbetreuung für die Mutter zu organisieren: Die angefragten Hebammen verwiesen auf ihre insgesamt sehr angespannte Lage, in der sie nicht zusätzlich ehrenamtliche Tätigkeiten übernehmen könnten.

Rückblick

Zahlen

Im Jahr 2018 haben sich 194 Menschen aus 37 verschiedenen Herkunftsländern an uns gewendet. Darunter waren u.a. 44 Schwangere, die wir für eine sichere Geburt vermitteln konnten.

Im Jahr 2019 haben sich 154 Menschen an uns gewendet, wovon wir 126 vermitteln konnten. Darunter waren 27 Schwangere.

Bundeskongress 2018

2018 hatten wir die Ehre den 11. Bundeskongress auszurichten. Dieser dient den einzelnen Medibüros und Medinetzen als Möglichkeit der gemeinsamen Zielerarbeitung und dem Austausch über erfolgreiche Projekte, Kampagnen und Ideale.

Nach Kiel kamen vom 25. bis 27. Mai von den damals 27 deutschlandweit aktiven Medibüros und Medinetzen 80 Vertreter*innen aus 24 Städten zusammen, um sowohl an einer öffentlichen Podiumsdiskussion als auch an verschiedenen Workshops unter Anleitung unterschiedlicher Fach- und Praxisbereiche teilzunehmen.

Es war eine rundum gelungene und inspirierende Veranstaltung.

PICUM

Das Medibüro Kiel e.V. möchte medizinisch unterversorgten Migrant*innen nicht allein in Akut-Situationen helfen. Es bemüht sich auch um strukturelle Veränderungen auf politischer Ebene. Ein wichtiger Partner ist hierbei die europäische Menschenrechtsorganisation „Platform for International Cooperation on Undocumented Migrants“ (PICUM), der wir seit 2014 angehören.

In diesem Zusammenhang berichteten wir im letzten Newsletter von unserer Teilnahme am „Summit for Refugees and Migrants der Vereinten Nationen 2016“, dessen Beschlüsse anschließend zur Verankerung eines grundsätzlichen Zugangsrechtes für irregulär zugewanderte Migrant*innen im Globalen Migrationspakt hinwirkten.

Zuletzt erfolgte 2019 eine Anhörung der *European Commission against Racism and Intolerance (ECRI)*, bei der ein Mitarbeiter des Medibüro Kiel e.V. für den Bereich irreguläre Migration einen wichtigen Teil beitragen konnte. Die Kommission hat die Bundesregierung mittlerweile aufgefordert, niedrigschwellige Beratungs- und Hilfsangebote für irregulär anwesende Migrant*innen vorzusehen, zu finanzieren sowie sicherzustellen, dass die für die Erstattung von Arztkosten zuständigen Stellen nicht verpflichtet sind, diese Migrant*innen den Ausländerbehörden zu melden.

Damit diese mittlerweile existierenden Maßgaben der EU und der Vereinten Nationen von der Bundesregierung gehört und umgesetzt werden, wird das Medibüro Kiel e.V. auch in Zukunft mit PICUM zusammenarbeiten und den Finger weiter in die Wunde legen.

neuer mehrsprachiger Flyer

Seit einiger Zeit war er vergriffen, nun endlich ist er wieder zu haben – unser mehrsprachiger Flyer. Sollten Sie Interesse daran haben, um ihn z.B. in Ihrer Praxis auszulegen oder an potentielle Patient*innen auszuteilen, melden Sie sich gern per Email bei uns.

neue Homepage

Unsere online Präsenz www.medibuero-kiel.de erstrahlt in neuem Glanz. Auch wenn noch einige Bausteine im Aufbau sind, so möchten wir alle Interessierten einladen immer mal wieder vorbei zu

schauen, Aktuelles zu lesen oder auch in den Hintergrundinformationen mehr über unsere Arbeit zu erfahren.

Ausblick – Es gibt Alternativen

Der Anonyme Krankenschein

Seit längerem setzen wir uns in Kiel für den Anonymen Krankenschein ein. Dieser würde die volle Kostenübernahme für Gesundheitsleistungen an Menschen ohne Krankenversicherung bei Anonymitätswahrung ermöglichen. Das sichert zum einen, dass Arztpraxen und Kliniken nach der Versorgung von Versicherungslosen die anfallenden Kosten nicht selber tragen müssen, und führt zum anderen dazu, dass die Menschen mit gesundheitlichen Problemen medizinische Versorgung in Anspruch nehmen können, ohne sich über die Weitergabe ihrer Daten an andere Ämter zu sorgen.

Aus der Praxis

Im Februar und März 2020 sprach Frau A. aus Nigeria, im 7. Monat schwanger, mehrmals im Medibüro vor. Ohne festen Aufenthaltsstatus lebte sie auf der Strasse und war an einem Obdachlosentreffpunkt in der Kieler Innenstadt von Frauen aus ihrem Heimatland angesprochen und auf das Medibüro aufmerksam gemacht worden. Wir vermittelten die Klientin zur Vorsorge für nicht krankenversicherte Schwangere an die Kollegin im Kieler Gesundheitsamt. Aus der Obdachlosigkeit heraus nahm Frau A. die vereinbarten Termine der Schwangerenvorsorge zuverlässig wahr. Bei den nachfolgenden Terminen im Medibüro präsentierte sie uns den Mutterpass, ihr einziges Ausweispapier. Frau A. hatte zunächst angegeben, Übernachtungsmöglichkeiten zu haben. Sie hielt sich bei fortschreitender Schwangerschaft jedoch weiter in der Obdachlosenszene auf. Wir versuchten auf dem Höhepunkt der Coronakrise für die Hochschwangere eine Unterkunft zu finden.
Das Ergebnis war ernüchternd: Bei Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus be-stehen nicht die gesetzlichen Voraussetzungen für die Hilfe in Notlagen nach unseren Sozialgesetzbüchern. Die Einrichtungen freier Träger hätten Hilfe nur aus eigenen Mittel, aus Spenden leisten können.

Frau A. erhielt vorübergehend Obdach von Frauen aus ihrem afrikanischen Heimatland. Nachdem die „Sisters“ ihre Grenzen signalisierten, sahen wir nur noch die Möglichkeit, Frau A. zu raten, einen Asylantrag zu stellen, ihre Anonymität zu verlassen, um in einer Aufnahmeeinrichtung Obdach und Schutz zu erhalten, und damit das Risiko einer späteren Abschiebung einzugehen.

Ein Beispiel ist *CABL - Clearingstelle und Anonymer Behandlungsschein Leipzig e.V.* CABL ist eine Initiative des Medinetzes Leipzig. Seit Herbst letzten Jahres werden dort anonyme Behandlungsscheine für Menschen mit medizinischem Bedarf ausgestellt, die keine aktuelle Krankenversicherung haben. Zweimal die Woche sind ehrenamtliche Ärzt*innen vor Ort, untersuchen Patient*innen und stellen Diagnosen oder erörtern medizinische Fragestellungen. Mit den von diesen Ärzt*innen ausgestellten Behandlungsscheinen ist die Behandlung in einer Facharztpraxis oder Klinik möglich und die Erstattung der anfallenden Kosten bis 500€ gesichert. Über alle darüber hinaus gehenden Kosten entscheiden die Mitglieder je nach medizinischer Notlage gemeinsam im Plenum. Jährlich stehen für den Haushalt 2019/20 vom Land 70.000€ für Behandlungskosten bereit.

Bundesweit sind in Deutschland schon verschiedene Varianten dieses Konzepts zu finden.

Neben der ärztlichen Sprechstunde beinhaltet CABL auch eine Beratungsstelle für die Patient*innen. Hier werden Menschen ohne Versicherung bei der

Suche nach einer staatlichen Krankenversicherung unterstützt - ebenfalls unter Wahrung der Anonymität. Das Modell in Leipzig ist somit nicht nur ein symptomatischer, sondern auf kleiner Ebene auch ein lösungsorientierter Ansatz.

Auch wenn der neue Verein noch am Anfang steht und immer wieder Situationen aufkommen, die Improvisation und Absprachen erfordern, sind erste Erfolge sichtbar. Anfang Mai zählte CABL bereits die ersten 100 Patient*innen und die Arbeit des Medinetzes, die auf Spendengeldern und der Kostenübernahme durch Ärzt*innen basierte, konnte bereits fast vollständig ersetzt werden.

Bis Ende 2020 läuft das Projekt weiter, im September steht die Bewilligung der Verlängerung aus. Wir drücken die Daumen und wünschen alles Gute für dieses engagierte Projekt!

Mitmachen

Aktiv - aktuell dringend gesucht

Wir freuen uns immer über *neue Mitstreiter*innen*, egal ob praktisch in der Sprechstunde, politisch bei der Kampagnenarbeit oder kreativ in der Öffentlichkeitsarbeit. Jede*r ist herzlich willkommen sich unsere Arbeit näher anzuschauen und mitzumachen. Bei Interesse um z.B. mal an einem Plenum teilzunehmen, einfach per Email nach dem nächsten Termin fragen.

Sollten Sie als *Arztpraxis* Interesse an einer Mitarbeit haben, wenden Sie sich gern auch per Email an uns. Wir lassen Ihnen gern weiteres Informationsmaterial zukommen und klären im gemeinsamen Gespräch, wie eine praktische Unterstützung ausschauen könnte.

Finanziell

Unsere praktische Arbeit wird durch Spenden ermöglicht. Ob kleine oder große, regelmäßige oder einmalige Beiträge – alle Spenden helfen uns weiter. Sie finanzieren nicht-vermeidbare Kosten, die durch medizinische Behandlungen entstehen. Für eine Spendenbescheinigung geben Sie bitte Ihre Adresse auf der Überweisung an.
Unser Spendenkonto lautet:

Medibüro Kiel e.V.
IBAN: DE41 5206 0410 0006 4464 69
BIC: GENODEF 1 EK 1

Das Wichtigste zum Schluss!

Wir möchten uns bei allen Unterstützer*innen und insbesondere bei allen Arztpraxen, die einen entscheidenden Teil unserer Arbeit erst möglich machen, recht herzlich bedanken:

Vielen Dank für Ihr Vertrauen und Ihre Mitarbeit!